



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib, Margit Wild, Klaus Adelt, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Konfuzius-Institute - bayerisches Steuergeld zur Unterstützung des chinesischen Propagandaministeriums?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über das Wirken der Konfuzius-Institute der kommunistischen Volksrepublik China in Bayern zu berichten und dabei im Besonderen folgende Fragen zu klären:

- Wieso fördert die Staatsregierung als einzige Landesregierung der Bundesrepublik mit einem stattlichen Beitrag ein Konfuzius-Institut in Bayern, wenn diese Einrichtungen laut Bundesregierung den „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ zum Fokus haben?
- Trifft es zu, dass das zentrale kommunistische Propaganda-Department Finanzmittel, Lehrmittel und Lehrmaterial für die Konfuzius-Institute in Bayern zur Verfügung stellt?
- Wie kann die Staatsregierung einen ausgewogenen Lehrplan an den Konfuzius-Instituten in Bayern sicherstellen, der u. a. bspw. eine Auseinandersetzung mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking oder etwa die massenhafte Internierung von Uiguren in Umerziehungslagern der chinesischen Region Xinjiang beinhaltet?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an Industrie- und Militärsplionage in Bayern ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an der Überwachung chinesischer Studierender in Bayern ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Propagandatätigkeit des kommunistisch-repressiven Systems der Volksrepublik China durch ihre Konfuzius-Institute in Bayern ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an einer wahrheitswidrigen Kommunikation mit Blick auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Volksrepublik China bspw. gegenüber den Tibetern oder Falun Gong ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an repressiver Kommunikation mit Blick auf die Legitimität der demokratischen Verfasstheit Taiwans oder mit Focus auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Hongkong ausschließen?

Begründung:

Die Staatsregierung hat die Konfuzius-Institute in Bayern seit 2014 mit insgesamt 344.728,01 Euro gefördert. Das Konfuzius-Institut in Nürnberg erhielt 303.048,01 Euro für Raumkosten und seit 2016 zudem für Personalausgaben. Das Konfuzius-Institut in München erhielt 2017 eine projektbezogene Förderung von 41.680 Euro. Andere ausländische Kulturinstitute wurden in den letzten Jahrzehnten von Bayern hingegen nicht gefördert. Von anderen Bundesländern ist eine Bezuschussung von Konfuzius-Instituten nicht bekannt.

Die Universität Düsseldorf stoppte im Januar 2020 die Kooperation mit dem Konfuzius-Institut wegen Propaganda-Verdachts. Der Vertrag sei auch deshalb nicht verlängert worden, da die Hochschulleitung nicht ausschließen konnte, dass die chinesische Staatsdoktrin Einfluss auf die Arbeit des Instituts nehme, heißt es in einem Bericht, den die zuständige Ministerin für Kultur und Wissenschaft dem nordrhein-westfälischen Landtag vorlegte.

Auch vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage des langen Arms Chinas bis nach Bayern. Wieso verausgabt Bayern Steuergelder für die propagandistischen Zwecke des kommunistisch-repressiven Regimes von Machthaber Xi Jinping.

Die Konfuzius-Institute weltweit unterstehen dem zentralen Propaganda-Department „Hanban“ der kommunistischen Partei Chinas (siehe Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage BT-Drs. 19/15560 vom 27.11.2019). Laut Bundesregierung wachen die Kommunistische Partei Chinas und die chinesischen Sicherheitsorgane darüber, „dass wissenschaftliche Publikationen und Äußerungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit der offiziellen Linie des „Sozialismus chinesischer Prägung in der Neuen Ära“ in Übereinstimmung stehen. Die Durchsetzung der Parteilinie hat sich in allen Feldern, auch im Bereich der Wissenschaftsfreiheit in China, seit 2015 verschärft“ (siehe Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage BT-Drs. 19/11839 vom 22.07.2019). Der Bundesregierung liegen demnach auch Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, „sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen.“

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat vor den Folgen zunehmender ideologischer Indoktrinierung durch die Konfuzius-Institute gewarnt. Chinas wachsende ideologische Repression erinnere immer mehr „an die schreckliche Zeit der Kulturrevolution, in der Ideologie zur Machterhaltung instrumentalisiert wurde“, so Direktor Ulrich Delius.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zeigte sich bereits 2011 „sehr besorgt über die weltweit wachsende Anzahl von Konfuzius-Instituten.“ Die Aktivitäten der Konfuzius-Institute bestünden unter anderem darin, „Universitäten dazu zu bringen, Veranstaltungen von Gruppen abzusagen, die Peking missfallen und Studenten gegen „anti-chinesische“ Medienberichterstattung aufzubringen und protestieren zu lassen.“ Die IGFM formulierte ihre Ansicht, „dass Konfuzius-Institute zu einer langfristig angelegten Strategie Pekings gehören, Partner zu manipulieren, um Befürworter der chinesischen Politik zu gewinnen, zumindest aber Menschen zu beeinflussen, die diejenigen vor „allzu lauten Tönen“ warnen sollen, die für Menschenrechte, Freiheit und Mitbestimmung in der Volksrepublik China eintreten.“

Auch in anderen Ländern weltweit wächst die Kritik an den Konfuzius-Instituten chinesisch-kommunistischer Provenienz. In Kanada, den USA, Schweden, Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden haben mehrere Universitäten ihre Institute geschlossen. Im März 2018 wollte Floridas Senator Marco Rubio die damals insgesamt 161 Institute in den USA wegen des Vorwurfs der Propaganda als „ausländische Agenten“ deklarieren lassen. Vor dem Hintergrund von Spionage-Spekulationen hat Belgien den Leiter des Brüsseler Konfuzius-Instituts des Landes verwiesen. Ihm wurde zudem für acht Jahre der Aufenthalt in allen 26 Schengen-Staaten untersagt.